

Zürn, Michael

Book Part — Digitized Version

Nationale oder internationale Gleichschaltung?: Zum Verhältnis von Weltkommunikationsordnung und Frieden

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Zürn, Michael (1988) : Nationale oder internationale Gleichschaltung?: Zum Verhältnis von Weltkommunikationsordnung und Frieden, In: Hans-Joachim Althaus, Hildegard Cancik-Lindemaier, Kathrin Hoffmann-Curtius, Ulrich Rebstock (Ed.): Der Krieg in den Köpfen: Beiträge zum Tübinger Friedenskongreß "Krieg - Kultur - Wissenschaft", ISBN 3-925340-56-4, Tübinger Vereinigung für Volkskunde, Tübingen, pp. 159-170

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112352>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

MICHAEL ZÜRN

Nationale oder internationale Gleichschaltung?

Zum Verhältnis von Weltkommunikationsordnung und Frieden

Auffassungen vom Verhältnis von Kommunikation und Frieden

Was hat Kommunikation mit Frieden zu tun? Legt man einen »engen« Friedensbegriff zugrunde, der Frieden als bloße Abwesenheit von physischer Gewalt definiert, so kommen beim Nachdenken über diese Frage zunächst solche Aspekte wie Feindbilder, Fehlwahrnehmungen in der internationalen Politik oder mangelnde Informationsverarbeitungskapazitäten außenpolitischer Entscheidungsapparate in Krisensituationen ins Gedächtnis: Faktoren, die zum Ausbruch eines Krieges beitragen können. Diese Aspekte des Verhältnisses von Kommunikation und Frieden sollen im folgenden jedoch eine untergeordnete Rolle spielen. Der vorliegende Aufsatz handelt vielmehr vom Verhältnis der Weltkommunikationsordnung sowie den Entwicklungschancen von sogenannten Dritte-Welt-Ländern zum Frieden. Dies bedeutet auch, daß ein »weiter« Friedensbegriff zugrundegelegt ist, der Lebenserhaltung und Lebensentfaltung gleichermaßen als Elemente eines umfassenden Friedensprozesses versteht.¹

Vorherrschende Auffassungen zum Verhältnis von Kommunikationsordnung und Frieden sind meist grobschlächtig und außerdem stark ideologieverdächtig. Die *westliche Auffassung* begreift freie Informationsflüsse und Kommunikation als eine Voraussetzung des friedlichen Umgangs der Menschen und auch Staaten miteinander, da ihnen die Funktion zugesprochen wird, Verständniss füreinander zu wecken, Konflikte abbauen und sogar Interessenausgleich herstellen zu helfen – je mehr Information, desto besser, desto friedlicher, desto sicherer sei die politische Situation. Das Prinzip des freien Informationsflusses hat seine Grundlage in der in den meisten westlichen Industriestaaten mit Verfassungsrang ausgestatteten Fundamentalnorm der Freiheit der Information (z.B. Art. 5 des Grundgesetzes). Dabei

¹ Vgl. zum Friedensbegriff Matthias Kälberer: Friede als Kritik. Betrachtungen zum Friedensbegriff im Anschluß an Johan Galtung. Masch. Ms., Tübingen 1987; Volker Rittberger: Ist Frieden möglich? In: Universitas 40/10, 1985, S.1139–1149.

wird eine »freie Presse«, also die Trennung von Medien und Exekutive, nicht nur als notwendig zur Realisierung des Menschenrechts auf »freie Meinungsäußerung«, sondern auch als Voraussetzung für internationalen Frieden angesehen.

In der Gründungsakte der UNESCO von 1945 findet diese bürgerliche Auffassung der Beziehung zwischen Kommunikation und Frieden ihren Niederschlag:

»Da Kriege ihren Ursprung im Geiste des Menschen haben, (muß) die Schutzwehr des Friedens gleichfalls im Geiste des Menschen errichtet werden. (...) Aus diesen Überlegungen und im Glauben an den Wert (...) des freien Austausches von Ideen und Kenntnissen sind die an dieser Verfassung beteiligten Staaten übereingekommen und entschlossen, die Beziehungen zwischen ihren Völkern zu entwickeln und zu vermehren zum Zwecke größeren wechselseitigen Verstehens und tieferen und vollständigen Kennenlernens des Völkerlebens.«²

Die in den meisten *Ländern der »Dritten Welt«* vorherrschende Auffassung hingegen thematisiert weniger das Verhältnis von Kommunikation und zwischenstaatlichem Frieden, sondern konzentriert sich auf das Verhältnis von Kommunikation und Entwicklung. Dabei wird argumentiert, daß Regierungsapparate in Entwicklungsländern noch so instabil sind, daß eine freie Presse und v.a. der freie internationale Fluß von Informationen einer sozialen Entwicklung hinderlich sei oder sogar diese unmöglich machten. Notwendig sei hingegen ein Journalismus, der dem Prozeß des »nation-building« verpflichtet ist – ein sogenannter »Entwicklungsjournalismus«. Als schädlich für die soziale Entwicklung und somit potentiell unfriedlich wird in jedem Fall der freie internationale Fluß von Informationen angesehen, da dieser wegen der dominanten Marktpositionen der westlichen Industriestaaten im Medienbereich nicht frei, sondern ungleich sei und dadurch vorhandene Macht- und Verteilungsstrukturen aufrechterhalte und verstärke. Diese Situation wiederhole letztlich die Ära des Kolonialismus, der Abhängigkeit und der Dominanz.³

Als Beleg für diese Auffassung wird häufig die sehr ungleiche Verteilung der Möglichkeit, Nachrichten zu verbreiten, angeführt. So haben die vier größten westlichen Nachrichtenagenturen zusammen einen Marktanteil von über 80 Prozent der weltweit gedruckten Meldungen über internationale Ereignisse. Ungefähr weitere 10-15 Prozent werden durch die sowjetische Agentur TASS, die westdeutsche dpa und die italienische ANSA erbracht.

² Zit. nach Jörg Becker: Massenmedien im Nord-Süd-Konflikt, Frankfurt/M. 1985. Eine Sammlung fast aller relevanten Dokumente der Diskussion zur internationalen Kommunikation bis 1981 findet sich in: Edward W. Ploman (Hrsg.): International Law Governing Communications and Information. A Collection of Basic Documents. London 1982.

³ Vgl. Anthony Smith: The Geopolitics of Information. How Western Culture Dominates the World. New York 1980, S.69.

Die politische Konsequenz der Argumentation der Staaten der »Dritten Welt« ist die Forderung, das Prinzip des »free flow« durch ein Prinzip des »prior consent« zu ersetzen, wonach der jeweilige Empfängerstaat von Informationen die Möglichkeit erhält zu entscheiden, welche der ankommenden Informationen an die Gesellschaft weitergeleitet werden.

Beide Auffassungen beanspruchen mithin, daß die je entsprechende Vorstellung von einer internationalen Kommunikationsordnung dem Frieden dienlich sei. Handelt es sich somit bei dem Gegensatz zwischen »free flow« und »prior consent«, also zwischen »internationaler Informations- und Kommunikationsfreiheit« und »nationaler Informations- und Kommunikationsouveränität« um eine Auseinandersetzung darüber, wie eine angemessene Friedensordnung auszusehen hat? Oder handelt es sich um einen profanen Interessengegensatz, der letztlich nur zwei Seiten eines gleichbegründeten Staatsbehauptungsinteresses widerspiegelt, der sich allerdings verschieden vorträgt: expansiv im Falle der Industrieländer, protektiv im Falle der Entwicklungsländer?

Die Geschichte der Informationsordnung oder das Märchen vom freien Fluß

Nachrichten

Internationale Kommunikation im heutigen Sinne begann mit der Erfindung des Telegraphen. Erst diese Technik ermöglichte eine rasche und zuverlässige Übermittlung von Nachrichten auch über große Entfernungen hinweg. Mag auch zu jener Zeit ein steigendes Nachrichtenbedürfnis der zusammenrückenden Welt eine Rolle bei der Entwicklung und Einrichtung dieser Kommunikationstechnik gespielt haben, die entscheidenden Faktoren waren militärischer und wirtschaftlicher Art. So unterstand beispielsweise die erste optisch-mechanische Telegraphenlinie zwischen Berlin und Konstanz dem preußischen Kriegsministerium; sie diente v.a. der Übermittlung von Nachrichten über Aufstände in den unruhigen Rheinprovinzen des Vormärz an das preußische Militär.

Ebenso bedeutend war die Übermittlung von Börsenkursen an Wirtschaftsunternehmen. Die wichtigsten Nachrichtenagenturen, die sich die vorhandene Technik und den vorhandenen Informationsbedarf internationaler Unternehmen zunutze machten, waren damals: die französische Agence Havas, die 1835 gegründet wurde; das 1848 eröffnete »Telegraphische Correspondenzbureau« von Bernhard Wolff; und »Ernst Reuters« Agentur, die zunächst die telegraphisch noch nicht erschlossene Linie Aachen-Brüssel durch eine Taubenpost ersetzte und dann Mitte der 1850er Jahre in London eine Nachrichtenagentur aufbaute.

Das Verhältnis dieser drei großen europäischen Nachrichtenagenturen war zunächst durch eine scharfe Konkurrenz gekennzeichnet. Bald gerieten

die drei Agenturen aus diesem Grund jedoch in finanzielle Schwierigkeiten, was zwei wichtige Entwicklungen zur Folge hatte.⁴

Die Regierungen hatten inzwischen die potentielle machtpolitische Bedeutung der Agenturen erkannt und stützten sie finanziell. Die Agenturen gerieten also in Abhängigkeit von ihren Regierungen und wurden zu quasi-staatlichen Agenturen. So stand Havas ab 1862 praktisch völlig unter Regierungskontrolle, die Ernennung des Direktors bedurfte der Zustimmung der französischen Regierung.

Die finanziellen Schwierigkeiten führten zur Kooperationsbereitschaft der Agenturen. Bereits 1859 wurde in Paris ein allgemeiner Nachrichtenaustauschvertrag zwischen den Agenturen beschlossen. 1870 wurde gar ein formeller Vertrag abgeschlossen, der eine Aufteilung der Einflußsphären der Nachrichtenagenturen in der Welt beinhaltete. Entsprechend der politischen Einflußsphären der drei Länder wurde im »Prinzip der geschäftlichen Ausschließlichkeit« die Zuständigkeit der Nachrichtenagenturen bestimmt. Die »Aufteilung der Welt« spiegelte dabei die Kräftekonstellation zwischen den europäischen Großmächten jener Zeit wider. Als zu Ende des 19. Jahrhunderts die deutsche Position erstarkte, wurde auch prompt Kritik am Nachrichtenkartell laut. So schrieb z.B. Ernst Heerdegen:

»Durch den unglücklichen Kartellvertrag des WTB mit Reuter, der die Welt und ihre Kabel beherrscht, ist das größte deutsche Telegraphenbüro in seiner Weiterentwicklung gehemmt. Derselbe Kartellvertrag hat zur Folge, daß wir die aus dem Ausland und über das Ausland bezogenen Nachrichten nur in englischer Fassung und Färbung erhalten. (...) am allerwenigsten dürfen wir auf Telegramme rechnen, die der Erhaltung und Ausdehnung unseres Welthandels dienlich sein könnten.«⁵

Trotz deutscher Forderungen nach einer Redistribution der Einflußsphären und amerikanischen Forderungen nach Aufhebung des Kartells wurde dies unter Beibehaltung der ursprünglichen Aufteilung bis zum Ersten Weltkrieg noch dreimal erneuert.

Nach dem Krieg, in dem alle drei großen Nachrichtenagenturen nicht Informationen, sondern nationalistische Kriegspropaganda verbreiteten, fand im Rahmen des Versailler Friedensvertrages eine teilweise Neuordnung des Nachrichtenmarktes statt. Dabei wurden alle Einflußzonen der deutschen Nachrichtenagenturen zu monopolfreien Gebieten erklärt. Erst im Zuge der Dekolonialisierung und durch das amerikanische Beharren auf dem »free flow«-Prinzip nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kartelle

⁴ Vgl. Thomas Siebold: Zur Geschichte und Struktur der Weltnachrichtenordnung. In: Reiner Steinweg (Red.): Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt: Die Neue Internationale Informationsordnung. (= Friedensanalysen Bd.18), Frankfurt/M. 1984, S.52ff. und A. Smith: (wie Anm.3), S.75ff.

⁵ Zit. nach Bernd Blöbaum: Nachrichtenagenturen in den Nord-Süd-Beziehungen. Eine Studie zur Entwicklung, Struktur und Reform der Weltnachrichtenordnung. Berlin 1983, S.50.

des 19. Jahrhunderts vollends aufgelöst und die Ware 'Nachricht' weitestgehend nach Marktprinzipien produziert und verteilt. Diese Ordnung birgt jedoch höchst ungleiche Verteilungsleistungen.

Diese quantitative Ungleichverteilung des Nachrichtenaufkommens wäre weniger bedeutsam, hinge man einem neutralen Nachrichtenbegriff an. Das Zustandekommen von Nachrichten wird jedoch durch drei Filter gleichsam subjektiviert:

Ideologisch: Die 'Brille' des westlichen Agenturjournalisten, also dessen Werte, Normen und Berufsverständnis, entscheidet darüber, ob und wann ein Ereignis zur Nachricht wird. So fand z.B. das Ereignis der Unabhängigkeit des lateinamerikanischen Landes »Surinam« keinerlei Berücksichtigung in der lateinamerikanischen Presse;⁶ ein U-Bahn-Mord in New York war wichtiger – zumindest für die westlichen Nachrichtenagenturen –, und diese beliefern lateinamerikanische Zeitungen mit Nachrichten. Eigene Auslandskorrespondenten können sich nur ganz wenige westliche Elitezeitschriften für nur wenige Länder leisten.

Strukturell: Durch die Verwendung der Nachricht als 'Ware' neigt die Berichterstattung zur Sensationslüsternheit und Oberflächlichkeit. Berichte über Vorgänge in europäischen Königshäusern verkaufen sich besser als Erfahrungen von Entwicklungsländern im Kampf gegen den Analphabetismus.

Machtpolitisch: Neben diesen beiden »nicht-intendierten« Verzerrungen der Berichterstattung werden auch heute noch die quasi-staatlichen Auslandsagenturdienste, die meist defizitär arbeiten und staatlich gefördert werden müssen, machtpolitisch genutzt. Beispiele hierfür sind die gezielte Nachrichtenfälschung über Allendes Chile und die amerikanische Informationspolitik gegenüber Nicaragua, die Manfred Schmidt⁷ vor kurzem als »Krieg mit anderen Mitteln« bezeichnet hat.

Bedingt durch diesen dreifachen »Verzerrungsfilter« und die Dominanz westlicher Nachrichtendienste im Bereich der internationalen Meldungen erhalten wir über die »Dritte Welt« und v.a. die »Dritte Welt« über sich selbst ein Bild, welches der kulturellen Identität, sicherlich auch ein Element eines umfassenden Friedensbegriffes, nicht gerade zuträglich ist.

Rundfunk und Fernsehen

Zur Jahrhundertwende kontrollierte Großbritannien 65 % des Weltkabelnetzes. Diese Vormachtstellung war natürlich auch von erheblicher militärischer Bedeutung. Während des Burenkrieges etwa stellte Großbritannien

⁶ Vgl. Fernando Reyes Matta: The Latin American Concept of News. In: Journal of Communication 29/2, 1979, S.164-171.

⁷ Vgl. Manfred Schmidt: Krieg mit anderen Mitteln. Informationspolitik als Strategie zur Konfliktverschärfung am Beispiel Nicaragua. In: Medium 15/9, 1985, S.11.

seine Kabel nur pro-britischen Nachrichten zur Verfügung. Folglich pochte das deutsche Militär auf den weiteren Ausbau des deutschen Seekabelsystems. Darüber hinaus forderte die Reichswehr auch die Errichtung eines drahtlosen deutschen Weltfunknetzes.⁸ Damit sind bereits die Triebkräfte für die Entwicklung einer, nach Telegraph und Telephon, dritten Technik der internationalen Informationsübertragung benannt: Die Entwicklung dieses Mediums, wiewohl wiederum v.a. militärisch bedingt, rief zunächst Friedenshoffnungen hervor. Neben diesen fälschlichen Hoffnungen provozierte das Radio aber auch einen »Ätherkrieg« (Hans Bredow).⁹

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging die Bedeutung des Radios jedoch (relativ gesehen) zurück – aufgrund der Verbreitung einer weiteren Neuerung der Kommunikationstechnik: *des Fernsehens*. So stieg zwar zwischen 1950 und 1975 die Anzahl der Radioempfänger weltweit um 417 %, die Anzahl der Fernsehgeräte aber um 3235 %.¹⁰ Die Olympischen Spiele in Moskau 1980 wurden nach Schätzungen von ca. 1,3 Mrd. Menschen gesehen.¹¹ Zwar ist auch die Verteilung von Fernsehempfängern international und v.a. in der »Dritten Welt« national sehr ungleich – so befanden sich in Europa 1983 ca. 180 Millionen Fernsehempfänger, in Südamerika schätzungsweise 30 Millionen; man kann aber davon ausgehen, daß ein Gerät in der »Dritten Welt« mehr Benutzer hat als z.B. in Europa. Es kann daher auch schon fast von einer »flächendeckenden« Ausstattung mit Fernsehempfangsgeräten in den großen lateinamerikanischen Ländern gesprochen werden, da dort 1983 auf 1000 Einwohner zwischen 100 und 200 'Fernsehgeräte' kamen.

Weit ungleicher als die Verteilung von »hardware« wie Fernsehempfänger ist jedoch die Kapazität zur Programmproduktion. Aus dieser Situation heraus entsteht in der »Dritten Welt« ein »software-gap«, d.h. die technische Kapazität zur Sendung und zum Empfang von Programmen schreitet der Fähigkeit zur Programmproduktion erheblich voraus. Die Produktion eines Vollprogramms für ein Jahr, mit nur einem begrenzten Anteil an Programmexporten wird in Europa mit ca. einer Milliarde DM veranschlagt, eine Programmminute einer Unterhaltungssendung kostet ca. 8 000 DM.¹² Demge-

⁸ Vgl. J. Becker: (wie Anm.2), S.159.

⁹ Vgl. hierzu Willi A. Boelcke: Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk. 1924-1976, Frankfurt, Berlin, Wien 1977; Michael Zürn: Kontrolle oder Entwicklung? Der Beitrag einer Neuen Weltinformationsordnung zum Frieden. In: Der Überblick 22/4, 1986, S.6f.

¹⁰ International Commission for the Study of Communication Problems: Many Voices. One World. Towards a New More Just and More Efficient World Information and Communication Order, London, New York, Paris 1980, S.58.

¹¹ Tapio Varis: The International Flow of Television Programs. In: Journal of Communication 34/1, 1984, S.143.

¹² Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Fernsehen ohne Grenzen. Grünbuch über die Einrichtung des Gemeinsamen Marktes für den Rundfunk, insbesondere über Satellit und Kabel, Kom (84) 3000 endg. Brüssel 1984, S.46.

genüber sind die Kosten für die Übernahme von z.B. amerikanischen Serien ungleich billiger, so kosteten etwa US-Serien in Südostasien 1980 zwischen zehn und 50 DM pro Minute.¹³ Die Folge dieser Situation ist, daß Entwicklungsländer ihre Programme mit westlichen Sendungen bzw. Serien und zur Deckung der Kosten für die wenigen Eigenproduktionen mit Werbung von transnationalen Unternehmen füllen. So exportierten die USA zu Beginn der 70er Jahre 150 000 Programmstunden, Großbritannien und Frankreich ca. 20 000 und die Bundesrepublik ca. 6 000 Programmstunden jährlich. Die Situation schildert ein Programmverantwortlicher des madegassischen Fernsehens:

»Im Allgemeinen ist bei den meisten Sendungen, die wir aus dem Ausland erhalten, ein bestimmter Sendeanteil umsonst, einen anderen müssen wir bezahlen. Generell sind die Sendungen aus der Bundesrepublik billiger als die aus Frankreich. Aber mit 66 % französischen Sendungen im Programm sind wir davon abhängig, denn wir müssen ja ein festes Sendevolumen mit Programm füllen. (...) Wenn wir nicht genug Programm haben, um die festgesetzte Sendezeit zu füllen, müssen wir senden, was wir haben und was wir kriegen. Da gibt es dann keine Wahl mehr. Es kommt sogar vor, daß wir uns Filme vom französischen Kulturzentrum ausleihen müssen, um das Programm zu füllen.¹⁴

Diese Abhängigkeit der Entwicklungsländer von westlichen Programmexporten wurde lange Zeit als entwicklungsfördernd und somit wohlfahrts- und friedensstiftend angesehen. Modernisierungstheoretiker wie Daniel Lerner und Wilbur Schramm, deren Arbeiten und Schlußfolgerungen die internationale Medienpolitik etwa der UNESCO entscheidend beeinflußt haben, sahen in modernen Kommunikationssystemen einen Träger des Wandels zu einer modernen Gesellschaft. Die Argumentation war, daß Fernsehen einen modernen Menschen mit Leistungs- und Konsumorientierung schaffe, der der »Dritten Welt« aus Unterentwicklung und Verharrung in der Tradition heraushelfen könne. Abgesehen davon, daß eine solche Argumentation von isolierten Individuen ausgeht, die Verkrustung der sozialen und institutionellen Strukturen dagegen völlig übersieht, zeitigten westliche Programmexporte auch auf individueller Ebene nicht die erwünschten Ergebnisse. Gezeigt wird nämlich ein für Zuschauer in der »Dritten Welt« meist unvorstellbarer Reichtum, ohne daß deutlich wird, wie und ob für dieses Geld gearbeitet werden muß. Vermittelt wird eine individualistische Leistungs-ideologie, wobei häufig die Anwendung illegitimer Mittel zur Erreichung persönlichen Erfolgs dargestellt wird; höchst selten aber sieht der Zuschauer in der »Dritten Welt«, daß und wie kollektive Aktionen Sozialstrukturen verändern können.

¹³ Michael Kunczik: Massenmedien und Entwicklungsländer. Köln 1985, S.197.

¹⁴ Armin Kerker: Und Sonntags läuft der Kommissar... Fernsehen in Madagaskar. In: R. Steinweg (Red.): (wie Anm.4), S.193.

Die westlichen Fernsehprogramme und Werbungen bewirken in der Realität folglich weniger die Schaffung eines sogenannten modernen bzw. wachstumsfördernden Individuums, sondern v.a.

- die Übernahme westlicher Konsumbedürfnisse, ohne die gleichzeitige Übernahme der (protestantischen) Leistungsethik, was zu einem Verhalten von Eliten in der »Dritten Welt« führen kann, welches desaströse Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung zeitigt - »lieber einen zweiten Rolls Royce, als eine Modernisierung der Hazienda«;
- eine normative Verwestlichung, ohne die dazu passende sozialstrukturelle Transformation der Gesellschaft;
- die Schaffung eines idealisierten Bildes des Wohlstandes im Norden, was nicht zuletzt zu halben Völkerwanderungen von Zentralamerikanern in die USA führt.

Die letztendliche Bedeutung dieser Prozesse bzw. deren Auswirkungen auf die konkreten sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der »Dritten Welt« sind mit sozialwissenschaftlichen Mitteln wohl kaum genau zu bestimmen; daß aber das Ordnungsprinzip des internationalen freien Flusses von Informationen unter Marktbedingungen, wie seit 1945 weitgehend praktiziert, keinen positiven Beitrag für eine Entwicklung hin zu einem umfassenden Frieden im internationalen Maßstab leisten konnte, ist leicht zu ersehen.

Zwar mag es sein, daß ein reger Informationsaustausch die Wahrscheinlichkeit von zwischenstaatlichen Kriegen verringert. Aber auch in diesem Bereich ist der positive Beitrag der Nachkriegsinformationsordnung nicht ersichtlich. Denn ein Fluß von differenzierten Informationen über Entwicklungen in der »Dritten Welt« nach Norden fand nicht statt. So darf es auch nicht verwundern, daß in den Industriegesellschaften immer noch eine Tendenz vorherrscht, alle Entwicklungen in der »Dritten Welt« durch die Brille des Ost-West-Konflikts zu betrachten. Eine Tendenz, die manche Intervention der Großmächte in der »Dritten Welt« mit kriegerischen Mitteln mit-erklären kann.

Neue Informationstechnologien

Eine Diskussion der praktischen Auswirkungen neuer Informationstechnologien auf die internationale Kommunikation und den Frieden ist in dem hier gesetzten Rahmen nicht möglich.¹⁵ Dennoch kann als eine Art Zusammenfassung des bisher Gesagten hierfür festgehalten werden:

¹⁵ Vgl. hierzu Rolf Arnold (Hrsg.): *Neue Informationstechnologien und Entwicklungszusammenarbeit*. Baden-Baden 1985; Georg Michael Luyken: *Direkt empfangbare Rundfunksatelliten. Erklärung, Kritik und Alternativen zu einem »neuen Medium«*. Frankfurt, New York 1985; Michael Zürn: *Gerechte internationale Regime. Bedingungen und Restriktionen der Entstehung nichthegemonialer internationaler Regime, untersucht am Beispiel der Weltkommunikationsordnung*. Frankfurt/M. 1987.

Die Entstehung von Informationstechnologien ist nicht das Ergebnis gesellschaftlicher Bedürfnisse nach Kommunikation, vielmehr beruht die Entwicklungsdynamik auf machtpolitischen und ökonomischen Interessen. Erst in einem späten Stadium der Entwicklung werden Informationstechnologien massenmedial bzw. öffentlich und zivil angepriesen. Eine solche Anpreisung ist daher a priori »verdächtig«. Dies gilt insbesondere für die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. So zeigt beispielsweise eine beeindruckende Studie über direkt empfangbare Rundfunksatelliten auf, daß die zivile Satellitentechnologie nicht nur aus der entsprechenden Militärtechnik des Zweiten Weltkrieges heraus, sondern auch danach entlang der strategischen Erfordernisse des US-Verteidigungsministeriums entwickelt wurde.¹⁶

Nach der Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien wurden v.a. Großunternehmen die Haupttriebkkräfte einer weiteren Verbreitung dieser Technologien und eines weltweiten Privatisierungs- bzw. Deregulationstrends im Bereich der Telekommunikationsindustrie. Dies v.a., um angesichts der diversifizierten Unternehmensstrukturen die ständig anwachsenden Kosten für die inner- und außerbetriebliche Kommunikation in den Griff zu bekommen und um maßgeschneiderte Spezialdienstleistungen erhalten zu können.¹⁷

Das Prinzip des »free flow of information« und die strikte Trennung von Presse und Exekutive sind auch in westlichen Gesellschaften keineswegs unverletzlich. Dies zeigte bereits die Analyse des Nachrichtenkartells. Aber auch die Betrachtung der internationalen politischen Bearbeitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien weist darauf hin. So wollen beispielsweise viele westliche Staaten angesichts der monopolartigen Vorherrschaft der USA im Bereich des computergestützten transnationalen Datenflusses das Prinzip des »free flow« nicht oder nur sehr widerwillig akzeptieren. Das Beharren auf dem »free flow« in der internationalen Debatte über die Nachrichtenordnung muß mithin auch als eine normative Verkleidung von Interessen der westlichen Staaten und Ökonomien angesehen werden.

Das Prinzip des »free flow«, wie es heute angewandt wird, ist nicht in der Lage, eine friedensfördernde Wirkung zu entfalten. Wenn die Empfängerstaaten keinerlei Kontrolle über die Informationen haben, die aus anderen Ländern kommen, besteht die Gefahr eines propagandistischen Mißbrauchs, wie das Beispiel des »Ätherkrieges« zeigt. Haben sie eine gewisse Kontrolle, wird zwar die Möglichkeit der propagandistischen Nutzung der Medien

¹⁶ Vgl. G.M. Luyken: (wie Anm.15), S.35.

¹⁷ Vgl. hierzu Dan Schiller: Die fortschreitende Privatisierung in der Welt-Kommunikationsindustrie. In: Media Perspektiven, 6, 1983, S.323-356.

ausgeschlossen, die Verbindung des Prinzips des »free flow« mit der Nutzung von Information als Ware und dem weitverbreiteten »software gap« macht aber v.a. kleine und unterentwickelte Länder von den Programmen und Nachrichten der westlichen Medien abhängig. Dadurch wird eine tiefgreifende kulturelle Durchdringung von bis dahin eigenständigen Kulturen durch westliche Werte möglich, die die Entwicklungsprobleme der meisten Länder der Erde erheblich verschärfen.¹⁸ Die Einführung neuer Informationstechnologien würde die Bedeutung dieser Prozesse sicherlich vergrößern und stellt außerdem die Souveränität von Nationalstaaten in einem noch nicht gekannten Maße in Frage. Dies trifft zunächst alle Staaten in der Welt, denn multinationale Konzerne können sich mit Hilfe der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in noch stärkerem Maße als bisher der staatlichen Kontrolle entziehen. Darüber hinaus sind aber die Staaten, die die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien importieren müssen, in noch viel stärkerem Maße der Gefahr des völligen Verlustes nationaler Souveränität ausgesetzt. So hat beispielsweise ein Angestellter der Hughes Aircraft Corp. mitgeteilt, daß allein das Management dieser Firma und das amerikanische Verteidigungsministerium den nationalen indonesischen Kommunikationssatelliten PALAPA in und außer Betrieb setzen können. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien können in der Tat zu einem zentralen »Friedensproblem« werden. William L. Fishman, Senior Policy Advisor in der National Telecommunication Information Agency der USA, bringt dies deutlich zum Ausdruck:

»Wenn man es im weitesten Sinne nimmt, könnte der internationale Datenfluß – auch wenn er noch nicht als solcher erkannt ist – zu einer der größten Streitfragen des ausgehenden 20. Jahrhunderts werden. Technologietransfer, Kulturdominanz, industrielle Leistungsfähigkeit, Vollbeschäftigung für alle – das sind nur einige der Streitfragen, die unter der Oberfläche liegen.«¹⁹

Eine »NWIKO« als Lösung?

Wenn die alte Informationsordnung keinen Beitrag zum Frieden leisten kann, so scheint die angemessene politische Lösung die Schaffung einer »Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung« (NWIKO) zu sein. Kann aber eine solche Ordnung, wie sie von der »Dritten Welt« seit Mitte der 70er Jahre im Rahmen der Vereinten Nationen und deren

¹⁸ Vgl. hierzu Cees J. Hamelink: *Cultural Autonomy in Global Communications. Planning National Information Policy*. New York, London 1983; und Bassam Tibi: *Die Krise des modernen Islam*. München 1981.

¹⁹ Zitiert nach Herbert Schiller: *Die Verteilung des Wissens. Information im Zeitalter der großen Konzerne*. Frankfurt, New York 1984, S.132. Vgl. hierzu auch M. Zürn: (wie Anm.15), S.140ff.

Sonderorganisationen (UNESCO und ITU) gefordert wird, wirklich einen Beitrag zum Frieden leisten?

Die Forderungen lassen sich grob in vier Kategorien zusammenfassen:²⁰

- Aufbau von leistungsfähigen Medienstrukturen in der »Dritten Welt« durch Ressourcentransfer bzw. Medienhilfe des Nordens - die Forderung nach einem »free and balanced flow«;
- Stärkung der nationalen Kontrolle von internationalen Kommunikationsflüssen - die Forderung nach einem »prior consent« der Empfängerstaaten;
- ein fairer Anteil an den neuen Informationstechnologien und der Zugang zu den Satellitenparkplätzen auf der geostationären Umlaufbahn - die Betrachtung neuer Informationstechnologien und ihrer natürlichen Voraussetzungen als »common heritage of mankind«;
- Ermöglichung der Zusammenarbeit der Länder der »Dritten Welt« im Kommunikationsbereich, um der Marktmacht der Industrieländer wirksam entgegenzutreten - die Selbstaufforderung zu einer »collective self-reliance«.

Es erscheint wenig sinnvoll, diese verschiedenen Elemente der von den Entwicklungsländern angestrebten Informationsordnung gegeneinander auszuspielen. Trotzdem ist die praktische Gewichtung, wie sie von den Vertretern vieler Entwicklungsländer vorgenommen wird, bedenklich. Langfristig kann nur die Errichtung eigener Medien- und Informationskapazitäten die vorhandenen Ungleichgewichte im Bereich der internationalen Kommunikation abbauen. Zumal die nationale Kontrolle internationaler Informationsflüsse ohnehin bereits in Teilbereichen existiert. Die westlichen Nachrichtenagenturen verkaufen ihre Produkte kaum direkt an Zeitungen in der »Dritten Welt«, sondern v.a. an deren nationale Nachrichtenagenturen, die die Meldungen dann an ihre Zeitungen weiterleiten. Dasselbe gilt auch für den Bereich der Fernsehprogramme - daran wird auch die Existenz direkt empfangbarer Rundfunksatelliten zumindest in absehbarer Zeit nichts ändern. Das eigentliche Problem der »Dritten Welt« ist demnach nicht eine mangelnde Kontrolle über Informationsflüsse (die neue Problematik von grenzüberschreitenden Datenflüssen einmal ausgeklammert), sondern die Situation, nur zwischen v.a. westlichen Produkten auswählen zu können. Trotzdem scheinen die meisten Politiker der Entwicklungsländer mehr an »Kontrolle« und weniger an »Entwicklung« interessiert zu sein. So erwies sich beispielsweise der Mitte der 70er Jahre als Gegengewicht zu den westlichen Nachrichtenagenturen gegründete Nachrichtenpool der Blockfreien als Fehlschlag, da darin nur offizielle und meist langatmige Regierungsverlautbarungen mit häufig protokollarischem Charakter gesammelt werden, Diskussionen über Kontroversen innerhalb der »Dritten Welt« oder Hintergrundberichte gibt es nicht.²¹

²⁰ Vgl. hierzu ausführlicher M. Zürn: (wie Anm.15).

²¹ Vgl. hierzu Verena Metzke-Mangold: Die alternativen Nachrichtenagenturen: Nachrichtenpool der blockfreien Staaten und Inter Press Service. In: R. Steinweg (Red.): (wie Anm.4), S.202-228.

Während also das Interesse an Möglichkeiten zum Aufbau von autonomen Medien in der »Dritten Welt« gering zu sein scheint, ist das Interesse am Erwerb von teuren Satelliten erheblich höher. Länder wie Indonesien, Indien, die Philippinen, Algerien, Nigeria, Brasilien, Peru u.a. sind dabei, Satelliten zu erwerben, haben sie bereits erworben oder mieten INTELSAT-Satelliten. Neville Jayaweera²² sieht in diesem Verhalten der meisten Entwicklungsländer eine Wiederholung des modernisierungstheoretischen Fehlers der 60er Jahre. Man meint, durch den Import westlicher Medientechnologien und damit notwendigerweise auch westlicher Programme eine Entwicklung durch eine Übernahme westlicher Denkmuster zu erreichen. Dadurch werde die Änderung der Sozialstruktur hinfällig, die Herrschaft der Staatsklassen in der »Dritten Welt« könne stabilisiert werden, insbesondere dann, wenn eine ausreichende staatliche Kontrolle der Medien garantiert ist.

Vielleicht zeichnet Jayaweera ein zu düsteres Bild. Nichtsdestotrotz scheint es so, daß die in der Praxis betriebene Medienpolitik der Staatsklassen in der »Dritten Welt« und die starke Gewichtung des »Kontrollaspekts« in der internationalen Informationsdebatte durch Vertreter dieser Länder eher dem Herrschaftsinteresse der Eliten, als den Interessen der breiten Masse dient. Wenn diese Beobachtungen zutreffen, dann scheinen in der Tat beide in den internationalen Foren verfochtenen »Informationsdoktrinen« – die des »freien Flusses« und die der »nationalen Kontrolle« – eher normativ verkleidete partikulare Interessen denn ein globales Interesse an der Schaffung von Friedensstrukturen widerzuspiegeln.

Dennoch, eine NWIKO könnte einen erheblichen Beitrag zum Frieden leisten, aber nur dann, wenn der Abbau der westlichen Dominanz mit einer Demokratisierung und Dezentralisierung der Medienstrukturen auch in den Entwicklungsländern Hand in Hand geht. Anders gewendet, »Entwicklungsjournalismus«, realisiert durch eine staatlich kontrollierte Informationsverteilung, dient nur dann der Entwicklung, wenn die Regierung auch wirklich an dieser interessiert ist. Solange dies in vielen »Dritte-Welt«-Ländern aber nicht der Fall ist, scheint die Alternative nur zu sein: *nationale oder internationale Gleichschaltung*. Wer sich mit dieser Alternative nicht zufrieden gibt, muß wohl einen doppelten Kampf führen, wie dies in der Klage eines ostafrikanischen Verlegers anklingt:

»Mein Kampf für intellektuelle Freiheit ist für mich wichtiger als der Kampf gegen Amerikanisierung. Meine Aufgabe ist zu versuchen, ein System zu errichten, welches an die Möglichkeit von entwicklungspolitisch hilfreichen, aber unabhängigen Meinungszentren glaubt. Aber die Vertreter der Dritten Welt in der UNESCO tun nichts, außer Regierungen zu stärken.«²³

²² Neville D. Jayaweera: Kommunikationssatelliten aus der Sicht der Dritten Welt. In: Jörg Becker, Jens Harms, Verena Metzke-Mangold (Hrsg.): Informationstechnologie und internationale Politik. Bonn, Frankfurt 1983, S.139-160.

²³ Zitiert nach A. Smith: (wie Anm.3), S.40; Übersetzung, d.V.